

FRANKFURTER STADTZEITUNG



September 2002

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei für Frankfurt am Main

Viel Qual und wenig Wahl

Bundestagswahl: Zwei Gesichter, eine Politik / Bilanz und Ausblick / Wählt keine Kriegspartei!

Vor vier Jahren wurde Helmut Kohl nach sechzehn Jahren »Weiter so, Deutschland« endlich aufs Altenteil geschickt. Aber die Hoffnungen auf einen Politikwechsel, auf eine Wende zu mehr sozialer Gerechtigkeit wurden enttäuscht. Fast alle Veränderungen unter Gerhard Schröder waren Veränderungen zum Schlechteren. Was ist los, woran liegt es und was können wir tun?

Wenige Tage nach der Bundestagswahl 1998 sagte Thomas Ebermann, in den 80er Jahren Spitzenpolitiker des damaligen linken Flügels der Grünen, in einer Podiumsdiskussion hier in Frankfurt: »Die Regierung Schröder steht rechts von der Regierung Kohl. Wer glaubt, Rot-Grün werde wenigstens geringfügige Verbesserungen bringen, ist unbelehrbar. Am Ende der Legislaturperiode wird es den Arbeitslosen, Rentnern und Sozialhilfeempfängern schlechter gehen. Ihr werdet dem Norbert Blüm noch nachtrauern.«

Thomas Ebermanns düstere Prognosen haben sich bewahrheitet. Riester-Rente, Hartz-Kommission, Hetze gegen »Faulenzer«, die mit Billiglohn- und Zwangsarbeitsprogrammen schikaniert und diszipliniert werden sollen – das ist die »moderne« Politik der »vernünftig« gewordenen ehemaligen Linken aus SPD und

Grünen, die mit ihren »ideologiefreien« und »pragmatischen« Programmen den Strukturwandel des globalisierten Kapitalismus, die Anforderungen der transnationalen Konzerne effizienter umsetzen, als die Konservativen es sich trauen.

DIE BERLINER REPUBLIK ZEIGT IHR WAHRES GESICHT

Hatte Volker Rühle (CDU) vor zehn Jahren noch Skrupel, deutsche Soldaten in Gegenden zu schicken, wo im Zweiten Weltkrieg die Nazis wüteten, so boten Schröder, Schar-

ping und Fischer die Dreistigkeit auf, als angebliche Lehre aus der deutschen Geschichte endlich die Beteiligung der BRD an Angriffskriegen durchzusetzen. Lassen wir uns von Schröder nicht täuschen, wenn er momentan das Säbelschlagen der USA gegen den Irak kritisiert. Ihm geht es um mehr deutsche Macht.

Die Aggressivität der neuen Großmacht Deutschland nach außen geht nach innen mit einer Verschärfung des Rassismus einher. Dabei stehen sich die altmodische deutschvölkische Version von Stoiber und Koch und die »moderne« Sortierung von MigrantInnen nach ihrer Brauchbarkeit fürs Kapital durch Schröders und Schilys »neue Mitte« gegenüber. Unter-

INHALT

Busfahrerstreik: Tritt gefasst	SEITE 2
Bankfurt – Rheinhausen 2010?!	SEITE 2
NOLympia!	SEITE 3
Frankfurt von unten: Das Waldstadion	SEITE 3
Sommer-Theater	SEITE 4
Wie sich die Zeiten gleichen	SEITE 4
Offenbacher GewerkschafterInnen gegen die Hartz-Kommission	SEITE 4

W. Möllemann der Antisemitismus wieder hoffähig gemacht. Widerstand tut Not!

KEINE ALTERNATIVE IN SICHT

Schröder und Stoiber unterscheiden sich in Details und Nuancen. Insgesamt stellen sie zwei Gesichter ein und derselben Politik dar. Die einzige Partei im Bundestag, die noch grundlegende Einwände geltend macht, die PDS, ist zugunsten künftiger Regierungsfähigkeit in einem Prozess der

Fortsetzung auf Seite 2



Aufstehen gegen den Krieg: Ostermarschkundgebung 2002 auf dem Römerberg

BUSFAHRERSTREIK**Tritt gefasst**

Tritt gefasst im Kampf um die Vereinheitlichung der Tarifregelungen im privaten Bereich und Angleichung des privaten Bereichs an den öffentlichen haben die BusfahrerInnen.

Nach Warnstreiks und 5-wöchigem Ausstand haben die BusfahrerInnen der privaten Unternehmen in Hessen zusammen mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di erste Erfolge erzielt:

■ Alle bisherigen »Nasenprämien« (freiwillige Zulagen) wurden bei allen Firmen tariflich festgeschrieben.

■ Lohnzuwächse zwischen 2,5 und 10 Prozent (Angestellte: 4 Prozent) wurden durchgesetzt.

Damit ist das Ziel eines einheitlichen Tarifniveaus für alle privaten Busunternehmen in Hessen in greifbare Nähe gerückt.

Die Streikbeteiligung war hoch. Die Gewerkschaft ver.di ist um 250 Mitglieder stärker geworden. Das Echo in der Bevölkerung war geteilt: Einerseits waren viele verständnisvolle und solidarische Äußerungen zu vernehmen, andererseits gab es mit zunehmender Dauer des Streiks auch Unmutsbekundungen.

Wir KommunistInnen geben zu bedenken: Auch wenn Streiks im Bereich öffentlicher Dienstleistungen zeitweilig Unannehmlichkeiten verursachen – es geht letztlich um unser aller Interessen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung besteht aus Lohnabhängigen, ArbeiterInnen und Angestellten. Wir alle wollen akzeptable Arbeitsbedingungen, wir alle wollen für unsere Arbeit angemessen bezahlt werden. BusfahrerInnen tragen in ihrer Arbeit Verantwortung für Leben und Gesundheit der Fahrgäste. Bezahlt werden sie miserabel.

Gerade in privaten Busunternehmen sind die Konditionen schlecht. Schuld daran trägt nicht zuletzt eine Politik, die immer mehr öffentliche Dienstleistungen privatisiert und dabei einem Verdrängungswettbewerb billiger Subunternehmer Tür und Tor öffnet.

Die DKP solidarisiert sich mit dem Streik der BusfahrerInnen und wird weiterhin um Verständnis für ihren Kampf werben. Wir müssen aber noch einen Schritt weiter gehen: Setzen wir uns gemeinsam gegen die Privatisierung öffentlicher Dienste zur Wehr! Öffentliche Verkehrsmittel und andere Dienstleistungen für die Allgemeinheit dürfen nicht Profitinteressen untergeordnet werden. Wir betrachten öffentliche Dienste als zivilisatorische Errungenschaft, die auszubauen ist, statt sie der Logik von Konkurrenz, Markt und Profit zu unterwerfen und der Ausplünderung durch das Kapital preiszugeben. pf/hb

Fortsetzung von Seite 1

Anpassung begriffen. Als »politikfähig« gilt heute aber nur, wer die Spielregeln akzeptiert, die die restaurative kapitalistische Revolution der letzten zwanzig Jahre gesetzt hat.

Warum ist das so? Sitzen die falschen Leute im Bundestag? So einfach ist es nicht. Wer »erfolgreich« Politik machen will, muss



Erfolgskriterien erfüllen, die mehr denn je durch die Logik der internationalen Kapitalverwertung bestimmt werden. Die Staaten konkurrieren als »Standorte« für transnationale Konzerne und Kapitalgesellschaften, deren Interessen an niedrigen Löhnen, Steuern und Sozialabgaben wie an billigen Rohstoffen unsere PolitikerInnen dienen müssen und wollen. Dagegen ist im Parlament kaum anzukommen.

Dies alles wird flankiert mit kulturellen Veränderungen, in denen die Konkurrenz als Lebensform »spaßgesellschaftlich« ein-

Bankfurt – Rheinhausen 2010?!

39 129 Frankfurterinnen und Frankfurter waren im Juli 2002 arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote stieg auf 5,8 Prozent.

Bei der Vorstellung der Arbeitslosenzahlen musste der Arbeitsamtsdirektor einräumen, dass die Zahlen auch deshalb so hoch seien, weil die ersten BankerInnen sich arbeitslos melden mussten. Und die angekündigte Entlassungswelle hat gerade erst begonnen.

Jahrelang hat man uns erzählt, dass Frankfurt nur als »Finanzmetropole« Vollbeschäftigung in der Stadt garantieren könne. Zugunsten der Banken und Versicherungen, nicht der Bevölkerung wurde Stadtentwicklung betrieben. Es wurde einseitig auf das Konzept des Finanzzentrums gesetzt.

Wir KommunistInnen haben das nie geglaubt, sondern vor dieser Entwicklung gewarnt. Bereits 1987 haben wir auf der Arbeitsplatzkonferenz »Frankfurt – Arbeit und

geübt wird. »Der Schwächste fliegt« gibt es mittlerweile als Fernsehquiz. Gegen dieses Denken müssen wir uns wehren.

EINE ANDERE WELT IST MÖGLICH

Die Risse dieser Gesellschafts- und Lebensform werden sichtbar. Während Börseneinbrüche den Fans des »Kasinokapitalismus« den Spaß verderben, erleben wir in den letzten Jahren die Heraufkunft einer neuen Bewegung, die der Logik von Markt, Herrschaft und Krieg die Losung entgegensetzt: »Eine andere Welt ist möglich!« In diesem Aufbruch erblicken wir in einigen Ländern Europas bereits das Wetterleuchten einer neuen Arbeiterbewegung, die den Kampf gegen Lohnverzicht und Entlassungen, für gesellschaftlich sinnvolle Arbeit mit dem Kampf gegen die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter die Logik des Profits verbindet und ihn aus den Betrieben in die Gesellschaft trägt.

Diesen Kampf kann keine Parlamentsfraktion für uns führen. Wir müssen ihn selbst organisieren. Für die Bundestagswahl aber gilt: *Keine Stimme für Kriegsparteien!* ■



Leben 2007« vor der Politik der einseitigen Entwicklung gewarnt: »Die Konsequenzen einer solchen Politik wären eine Monstruktur der Krisenbranchen des 21. Jahrhunderts ...«, sagten wir damals. Wir können es auch kürzer fassen: »Bankfurt – das Rheinhausen des Jahres 2010«. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:

DKP

Deutsche Kommunistische Partei
Kreisvorstand Frankfurt
Hansteinstraße 4, 60318 Frankfurt
<http://www.dkp-frankfurt.de>
E-Mail: info@dkp-frankfurt.de
V. i. S. d. P.: Brunhilde Frey Eisen
Layout: Henning Böke
Druck: Top Offset
Auflage: 3000

Nolympia!

Frankfurt bewirbt sich um die Olympischen Spiele 2012. Trotz leerer Stadtkasse und ständigen Streichungen werden Machbarkeitsstudien erstellt. Es wird behauptet, dass die gesamte Rhein-Main-Region von den Olympischen Spielen profitieren werde.

Profitieren werden sicherlich einige, aber garantiert nicht die hier lebenden und arbeitenden Menschen.

Bereits jetzt im Zuge der Bewerbung wird viel Geld für Planungen und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben, das für Soziales und Wohnungsbau fehlt. Von »nachhaltiger Entwicklung« wird gesprochen. Doch konkrete Pläne werden noch nicht veröffentlicht.

In offiziellen Verlautbarungen der Stadt heißt es unter anderem: »Die Stadt Frankfurt am Main hat ein Haushaltsvolumen von 3,26 Milliarden Euro. Aufwendungen und Investitionen für die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 und die Olympischen Spiele 2012 können mit ohnehin anstehenden strukturellen Maßnahmen gebündelt werden. Das neue Waldstadion ist dafür ein Beispiel.«

Das heißt, man tut so, als ob das Ganze gar nichts kostet. Das Gegenteil aber ist der Fall.

Wir sagen NEIN zu Olympia, denn es bedeutet:

- immense Kosten für die Stadt, allein durch die Bewerbung;
- nicht tragbare Kosten bei einer Vergabe der Spiele an die Region;
- unkalkulierbare Folgekosten;
- durch diese Kosten können dringend notwendige Maßnahmen erst recht nicht mehr von der Stadt ergriffen werden;
- bedingt dadurch wird es zu noch stärkerem Sozialabbau kommen;
- wegen der Bodenspekulation werden die Mieten stark ansteigen;
- ein Verdrängungswettbewerb gegen das Klein- und Gewerbe und den kleinen Einzelhandel wird in Gang kommen;
- ein nachfolgender Nutzen ist mehr als zweifelhaft;
- weitere Versiegelung von Grünflächen mit den entsprechenden Folgen für das Klima der Stadt;
- und, und, und ...

WEHREN WIR UNS
GEMEINSAM, EHE ES
ZU SPÄT IST!

bl

Frankfurt von unten: Das Waldstadion

In der Reihe »Frankfurt von unten« wollen wir in loser Folge über Bauwerke und historische Begebenheiten in Frankfurt berichten, die jeder kennt, deren Vorgeschichte aber in Vergessenheit geraten ist. Unser »Blick von unten« lässt dabei deutlich werden, in welcher Weise die Geschichte der Stadt immer auch und vor allem eine Geschichte des einfachen Volkes, der Unterschichten, der Männer und Frauen der Arbeiterklasse war. Beginnen wollen wir mit dem Waldstadion, dessen Geschichte, bedingt durch den Abriss, bürgerlichen Medien zumindest einige Zeilen wert war.

Das Gelände, auf dem das Waldstadion in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts entstand, war bis 1918 Schießstand und Exerziergelände.

Der Bau des Waldstadions wurde von der Arbeiterbewegung initiiert und musste gegen viele Widerstände aus dem Bürgertum durchgesetzt werden. Im Rahmen von Notstandsarbeiten wurde es dann doch noch gebaut. Es durfte aber nicht mit der ersten Internationalen Arbeiter-Olympiade eröff-

net werden, sondern wurde »offiziell« am 21. Mai 1925 eingeweiht. Das »I. Internationale Arbeiter-Olympia« fand in Frankfurt vom 24. bis 28. Juli 1925 statt.

AUS DEM »FESTBUCH« DES ERSTEN INTERNATIONALEN ARBEITER-OLYMPIA

Als am 21. Mai 1925 das Stadion eröffnet wurde, trafen wir einen älteren Turner, besinnlich auf einer Stelle des riesigen Platzes stehend. Wir kamen ins Gespräch, im Verlauf dessen er erzählte:

»Hier etwa auf dieser Stelle bin ich 1898 einmal so gestriekt worden, dass ich dachte, ich stehe nicht mehr auf! Wenn ich mich heute an diese Zeit erinnere, in der auf dem gleichen Platz Tausende, Zehntausende gebimt worden sind, und ich vergleiche nun diese Stätte der Kultur, die sich heute über den Milliarden Schweißstropfen, den Millionen Flächen, Seufzern aufbaut, mit der Zeit von früher, dann kann man wohl ins Simulieren kommen...«



In diesen wenigen Worten des ehemaligen Infanteristen ist wiedergegeben, was zur historischen Geschichte des Stadions zu sagen ist. Es steht auf den früheren Schießständen. Als der Krieg zusammenbrach, als der Soldatenrat die heimkehrenden Einundachtziger und Dreiundsechziger in Empfang nahm, da war es aus mit dem Schießstand und anderem. Die Eichen und Buchen sahen bald darauf statt des doppelten Tuches Scharen Arbeiter, die anfangen, aus der Mordwerkstatt eine Stätte der Körperkultur zu schaffen. ■

KOMMUNISTISCHE KOLUMNE

Sommer-Theater

Sollte ich aus Schadenfreude lachen oder aus Mitleid (mit der Dummheit mancher Menschen) weinen? Diese Frage drängte sich mir auf, als im Hessen-Fernsehen eine Frau ihr Leid klagte, die vor einigen Jahren Telekom-Aktien im Wert von 10 000 Euro gekauft und damit nun 8000 Euro Verlust gemacht hatte. Sie schob die Schuld auf den inzwischen abgelösten Telekom-Chef Ron Sommer. Der tiefe Einbruch der als »Volksaktie« angepriesenen T-Aktie erhitzte die Gemüter, der »Schuldige« war schnell gefunden.

Eine merkwürdige Form des Aberglaubens ist in den letzten Jahren massiv propagiert worden: die groteske Vorstellung, an der Börse vermehre sich das Geld von selbst. Während der Sozialstaat abgebaut wird, redet man uns ein, wir sollten Aktien kaufen, dann würden wir reich.

»Wert« wird durch Arbeit geschaffen. »Mehrwert«, auf dem das Wachstum von Unternehmen beruht, entsteht aus der Ausbeutung der lohnabhängigen Arbeitskraft durch das Kapital. Wer eine Aktie kauft, stellt dem jeweiligen Unternehmen einen Kapitalanteil zur Verfügung und erwirbt daraus den Anspruch auf einen Anteil am Gewinn. Der »Kurswert« aber, zu dem die Aktie gehandelt wird, ergibt sich aus einem speziellen Verhältnis von Angebot und Nachfrage. Wird von einem Unternehmen ein Wachstum erwartet, steigen seine Aktienkurse (z. B. wenn durch Entlassung von ArbeiterInnen die Profite gesteigert werden), wird eine Abwärtsentwicklung erwartet, fallen sie. Der Aktienkurs widerspiegelt also nicht eine reelle Wertschöpfung, sondern die Erwartungen auf dem Aktienmarkt. Das Auf und Ab an der Börse ist von vielfältigen Stimmungen abhängig. Dass es dabei hin und wieder zu rapiden Einbrüchen kommt, ist nicht die Schuld eines Herrn Sommer (mag er auch unkluge Geschäftsentscheidungen getroffen haben), sondern liegt in der Natur der Sache.

Ebenso falsch wie der Glaube an die Börse ist aber auch eine Vorstellung, die bei vielen Leuten anzutreffen ist, die gegen die wachsende soziale Ungleichheit kämpfen möchten, nämlich die Annahme, die »Spekulation« sei die Ursache der Misere. In Wirklichkeit ist sie nicht die Ursache, sondern die Folge eines Systems, in dem wir über unsere Arbeit und die Güter, die wir produzieren, nicht verfügen können, weil die Produkte unserer Tätigkeit als Waren von uns getrennt und der Logik eines Marktes unterworfen sind, die nicht kontrollierbar ist. Unsere Bedürfnisse und Fähigkeiten dem Markt zu entreißen, um sie selbst zu organisieren, das ist das Ziel des Kommunismus.

HENNING BÖKE

Druck aus den Betrieben organisieren

Offenbacher GewerkschafterInnen gegen die »Hartz-Kommission«

Die Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei MAN Roland in Offenbach hat in einem offenen Brief an den Vorstand und Ortsvorstand der Gewerkschaft die Pläne der so genannten Hartz-Kommission entschieden abgelehnt. Wir dokumentieren das Schreiben im Wortlaut:

»Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir lehnen die Pläne der so genannten Hartz-Kommission vollständig ab und fordern euch auf, das Gleiche – mit entsprechendem Druck auf die Verantwortlichen – auch zu tun bzw. diesen Druck aus den Betrieben heraus zu organisieren. Dazu ist es wichtig, über die realen Auswirkungen solcher Pläne zu informieren. Gerade jetzt vor den Bundestagswahlen wäre es notwendig, den Druck auf die amtierende rot-grüne Regierung vonseiten der organisierten Arbeiterschaft zu erhöhen mit dem Ziel, eine andere, für uns Arbeiter bessere Politik durchzusetzen. Die Gewerkschaften können nicht jedes arbeiterfeindliche Projekt der Schröder-Regierung mit dem Hinweis auf die (sicherlich) noch reaktionärer Programme einer möglichen Stoiber-Regierung protest- und kampfflos hinnehmen. Das Ergebnis wäre in jedem Fall zu unserem Schaden. Deshalb fordern wir euch auf, die Pläne der Hartz-Kommission schärfstens abzulehnen und ihnen ein Programm der Gewerkschaften entgegenzustellen, mit dem wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen:



Nein danke!

- 35-Stunden-Woche per Gesetz
- Verbot von Überstunden, Rente mit 60 Jahren ohne Abschläge
- Übernahme nach der Ausbildung, »Druck auf die Löhne und Druck auf die Arbeitsbedingungen« (ver.di-Vorsitzender Bsirske)

Gerade die Programme zur Ausweitung der Leiharbeit laufen unseren gewerkschaftlichen Vorstellungen absolut entgegen. Wir haben als Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall die Leiharbeit immer bekämpft, denn Leiharbeit ist ein Übel, das zur Lohndrückerei, zur Vernichtung von »Normal-Arbeitsplätzen, zur Spaltung von Arbeitslosen und Beschäftigten und letztlich zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Betrieben führt.

Wenn jetzt noch die Arbeitslosen als Scheinselbstständige in so genannte »Ich-AGs« gezwungen werden und in Zukunft die Hälfte aller Beschäftigten eines Betriebes in solchen Arbeitsverhältnissen arbeiten darf, dann ist das ein »Frontalangriff auf reguläre Beschäftigungsverhältnisse«, wie der Kollege Bsirske von der Gewerkschaft ver.di zu Recht gesagt hat (*Frankfurter Rundschau*, 29. 6. 2002). Wollen wir dabei zusehen? Die Beschäftigten von MAN Roland haben seit Jahren immer wieder die Folgen der Arbeitsplatzvernichtung zu spüren bekommen. Deshalb lehnen wir es ab, dass den Arbeitslosen die Leistungen gekürzt werden. Dadurch werden keine Arbeitsplätze geschaffen. Die Maßnahmen der Hartz-Kommission richten sich gegen die Beschäftigten genauso wie gegen die Arbeitslosen – also auch gegen die Gewerkschaften. Sie müssen vollständig abgelehnt werden. ■

Wie sich die Zeiten gleichen

Frankfurt 1874

»Die Sucht nach dem schnellen Gewinn war überwältigend. Das Publikum drängte sich immer hitziger heran, so dass selbst ruhige Kapitalisten Kredite in Anspruch nahmen, um Aktien kaufen zu können, auch ihren sonstigen Besitz zu versilbern begannen. Niemand glaubte, trotz aller Mahnungen, dass gerade er der schwarze Peter sein müsse...« – so ein Chronist über die heute so genannte »Gründerzeit«, in der Aktiengesellschaften wie Pilze aus dem Boden schossen und einen Boom an den Börsen hervorriefen. Friedrich Stoltze schrieb damals in der *Frankfurter Latern* lakonisch:

»Es wird Zähneklappern sein und Heulen/ in den Hallen mit den Marmorsäulen.« ■

○ Ich möchte mehr Informationen über die DKP

○ Ich möchte probeweise die UZ, Wochenzeitung der DKP, lesen

○ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden

○ Ich möchte Mitglied der DKP werden

Bitte ausschneiden und einsenden an

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
Kreis Frankfurt
Hansteinstr. 4 · 60318 Frankfurt a. M.
Spenden an: Konto 1940 27-603,
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60